

# GÖTTINGEN

Fernsehprogramm

Was läuft heute auf den TV-Sendern? Seite 12



## SPORTTIPP

**WSV!**

Matratze  
Kaltschaum oder Taschenfederkern, 7-Zonen, Größe: 100x200 cm

799€  
jetzt 599€

Betten  
**HELLER**

betten-heller.de

6874601\_001819

## „Bald muss man am Groner Tor Eintritt bezahlen“

Kommentare aus dem Internet zum Thema autofreie City

**Göttingen.** Die Debatte um eine autofreie Göttinger Innenstadt schlägt hohe Wellen. In sozialen Netzwerken wie Facebook wird das Thema kontrovers diskutiert. Hier einige Beispiele:

User David Weiß schreibt: „Die drehen alle komplett durch. Reiten auf einer 'top-aktuellen' Welle. Keine vernünftigen Lösungsvorschläge, ohne das Aussterben des Handels in der Innenstadt voranzutreiben.“ Michaela Krichbaum hält dagegen: „Das Aussterben des Handels liegt weniger daran, dass man nicht mehr mit dem Auto in die Innenstadt fahren soll, sondern dass Gott und die Welt vorzugsweise online seine Produkte erwirbt.“

Karsten Epler kann der Idee ebenso wenig abgewinnen und schreibt ironisch: „Zäunt die Innenstadt doch ein, damit sichergestellt wird, dass auch wirklich niemand mehr rein will.“ In die gleiche Kerbe schlägt Ralle Schäfer: „Bald muss man am Geismar, Groner und Weender Tor Eintritt bezahlen, wenn man rein will.“

Jan Bergen hat einen konstruktiven Vorschlag: „Mit regelmäßigen Kontrollen z.B. in Judenstraße oder Gotmarstraße würde man ganz schnell ne Menge Fahrzeuge, die da nichts zu suchen haben, aus der Innenstadt rausbekommen. (...) Wer nicht nur auf die Weender Straße geht, sondern auch mal in die Seitenstraßen kommt, wird in Göttingen ne Menge Geschäfte finden, in die es sich lohnt mal reinzuschauen. Allen Unkenrufen zum Trotz hat Göttingen immer noch eine sehr vielfältige und im Vergleich zu anderen Städten attraktive Innenstadt.“

Lena Gerke hingegen liegt der öffentliche Personennahverkehr am Herzen: „Die Stadt sollte lieber die Busan(ver)bindungen der Stadtteile verbessern und die Preise für ein Busticket wieder runtersetzen (...).“ Einen ähnlichen Ansatz verfolgt auch Christian Sohn: „Das ganze Gedöns um autofreie Städte hat doch nen Bart und grenzt an die never ending Story! Ihr wollt Innenstädte ohne Autos!? Dann müssten die Stadtbusse kostenlos fahren! Woanders geht es doch auch!“ *afu*

Bewegt Sie das Thema Verkehrsberuhigung der Innenstadt ebenfalls? Dann schreiben Sie uns gerne per E-Mail an [redaktion@goettinger-tageblatt.de](mailto:redaktion@goettinger-tageblatt.de), auf Facebook oder per Twitter an [@goetageblatt](https://twitter.com/goetageblatt).

## STADTGESPRÄCH



**Hoher Krankenstand:** In Göttingen gilt bis Ende Januar ein Notfallfahrplan für die Busse der Göttinger Verkehrsbetriebe. Ein hoher Krankenstand bei den Busfahrern ist der Grund für den Wegfall zweier Linien, die anderweitig noch bedient werden, und die Taktreduzierung weiterer. Die Fahrgäste, so die GöVB, sollen so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.

# Nonnenstieg-Deal: Die Politik ist verstimmt

EBR rechtfertigt Teilverkauf von ehemaligen IWF-Gelände

Von Ulrich Schubert und Matthias Heinzl

**Göttingen.** Die Göttinger Linke spricht von „Bodenspekulationen“ und einer „willfährigen“ Stadtverwaltung. Die Grünen sind „schon sehr erbost“. Und alle – einschließlich CDU und SPD – bangen jetzt um eines der größten Wohnungsbauprojekte in der Stadt. Seit am Wochenende bekannt wurde, dass die Göttinger EBR Projektentwicklungs GmbH zwei Drittel des ehemaligen Geländes des Institutes für den Wissenschaftlichen Film (IWF) an die Münchner Wertgrund Immobilien AG verkauft hat, schlagen die Gemüter hoch. Auch bei der EBR, die ihre Entscheidung in einer Stellungnahme an die Ratsfraktionen begründet.

Hintergrund: Vor mehr als sechs Jahren hat die EBR das 23.000 Quadratmeter große Gelände am Nonnenstieg gekauft. Sie wollte dort ein Wohnungsprojekt umsetzen – gegen das es vor allem aus der Nachbarschaft viele Einwände gab. Und die Politik wollte sicherstellen, dass am Nonnenstieg bezahlbarer Wohnraum entsteht. Nach sechs Jahren Planung und erbittert geführten Diskussionen hatte der Rat im vergangenen April schließlich mit einem geänderten Bebauungsplan grünes Licht gegeben. Wesentlicher Bestandteil: Ein städtebaulicher Vertrag zwischen der EBR und der Stadt, in dem sich das Unternehmen verpflichtet, 30 Prozent der Wohnungen zu sozialverträglichen Mieten anzubieten.

Vor diesem Hintergrund überraschte jetzt viele, dass die EBR 17.350 Quadratmeter inzwischen verkauft hat. Die Göttinger Linke sieht darin einen Fall von Bodenspekulation und wirft dem Unternehmen vor, dass es sich von der Verpflichtung, günstigen Wohnraum zu schaffen, „freikaufte“.

„Natürlich sind wir von dieser Entwicklung gar nicht begeistert“, kommentierte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Rolf Becker, die Entwicklung – „das hat uns schon sehr erbost“. Und es sei „schon komisch“, dass die EBR nach dem langen Planungsverfahren „aussteigt, als alles in trockenen Tüchern ist“. „Wir hatten eigentlich damit gerechnet, dass die jetzt bald bauen“, fügte er an.

Zuvor hatten EBR-Geschäftsführer Borzou Rafie Elizei und Göttingens Stadtbaurat Thomas Dienberg versichert, dass die Wertgrund mit der Unterzeichnung des Kaufvertrages im vergangenen August auch



Das Hauptgebäude auf dem ehemaligen IWF-Gelände. Inzwischen hat die EBR einen Großteil an eine Münchner Firma verkauft.

FOTO: ARTWIG

alle Verpflichtungen aus Bebauungsplan und städtebaulichem Vertrag übernommen habe. Einen Gewinn von knapp drei Millionen Euro durch den Teilverkauf des Grundstückes für acht Millionen Euro wollte Rafie Elizei am Donnerstag nicht bestätigen.

Unabhängig von den genauen Zahlen stellte die SPD am Mittwoch mit kritischem Unterton fest: „Wenn die EBR auf den Bau von Wohnungen verzichtet und einen Teil ihres Grundstückes (...) verkauft, um dabei einen Kaufpreis zu erzielen, der exorbitant den (...) Kaufpreis übersteigt, dann ist das eine rechtlich zulässige Handlung, die gleichwohl den Verkäufer kennzeichnet.“ Unzweifelhaft sei, dass die Explosion des Kaufpreises negative Folgen für den Wohnungsbau hat, so der Fraktionsvorsitzende Tom Wedrins.

Grundsätzlich habe jeder Eigentümer das Recht, Grundstücke auch weiter veräußern zu dürfen, solange vertraglich nichts anderes geregelt wird, erklärt CDU-Fraktionschef Olaf Feuerstein. Allerdings bringe jede weitere Veräußerung „unweigerlich auch eine Steigerung der

Gesamtbaukosten mit sich“.

Die FDP im Rat begrüßt, dass die städtebaulichen Verpflichtungen beim Verkauf des IWF-Geländes bestehen blieben, betont die Fraktionsvorsitzende Felicitas Oldenburg. Da die städtebaulichen Verpflichtungen offenbar bestehen blieben, sei eine soziale Absicherung auch bei Weiterverkauf gegeben, erklärt der sozialpolitische Sprecher, Thorben Siepmann.

In der langen Debatte um das IWF-Areal sei letztlich die Zusage des Bauherrn, sozialen Wohnraum zu schaffen, ausschlaggebend für die Verkaufsentscheidung des Rates gewesen, erklären Dana Rotter und Helena Arndt von der Ratsgruppe aus Piraten und „Die Partei“. Nun werde der Eindruck geweckt, „dass der Rat an der Nase herumgeführt wurde“.

Von Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) und Stadtbaurat Thomas Dienberg gab es bis zur Drucklegung dieser Ausgabe keine Stellungnahme.

In einer Stellungnahme an die Ratsfraktionen, die dem Tageblatt vorliegt, weist die EBR den Vorwurf,

sich mit dem Verkauf des Teilgrundstückes von den festgeschriebenen Sozialverpflichtungen freizukaufen, zurück. Der Käufer habe sich verpflichtet, „alle städtebaulichen, ökologischen und sozialen Ziele des beschlossenen Bebauungsplans einzuhalten“. Zudem erklärt die EBR, sie wolle auf ihrem Grundstück 31 Wohnungen bauen und prüfe, ob sie 20 Prozent davon im Sinne des „Göttinger Bündnisses für bezahlbares Wohnen“ realisieren könne.

In dem Papier erklärt die EBR auch ihre Motivation für den Verkauf: Dieser sei die Konsequenz aus dem langen Verfahren, das neben viel Geld und Zeit auch geprägt gewesen sei durch „Beleidigungen und Einschüchterungen“ seitens einer Bürgerinitiative. Inzwischen gebe es auch zwei Klagen gegen den Bebauungsplan. Daher habe die EBR entschieden, ihre Energie anderweitig einzusetzen. Zugleich verweigert Rafie Elizei auf das soziale Engagement des Unternehmens – unter anderem im Kitabau und für das Boat-People-Projekt am Nonnenstieg.

„Wir hatten eigentlich damit gerechnet, dass die jetzt bald bauen.“

Rolf Becker, Fraktionsvorsitzende der Grünen

## Investitionen für Schulen auf Wartebank

Schulausschuss verschiebt Diskussion über Festlegung von Prioritäten

Von Kuno Mahnkopf

**Göttingen.** Der Sanierungs- und Erweiterungsbedarf an vielen Göttinger Schulen ist groß, die Investitionsliste der Verwaltung für die kommenden Jahre lang. Politische Weichen, welches Projekt wann umzusetzen ist, sind auch in der jüngsten Sitzung des Schulausschusses noch nicht gestellt worden. Die schwierige Diskussion über eine Priorisierung steht weiter aus.

„Wir wollen heute noch keine Festlegung, sondern eine weitere Beratung in den Fraktionen“, sagte Ausschussvorsitzende Frauke Bury (SPD). Susanne Stobbe (Grüne) sprach von einem Dilemma mit drängenden Fragen: „Wie ist die Verteilung der Finanzmittel? Was muss in der Priorisierung nach oben rücken? Was kann die Verwaltung termingerecht abarbeiten?“. Einen Ansatz dafür bietet die Investitionsliste der

Stadt, die nach der Vorstellung im Bauausschuss noch einmal modifiziert wurde. Danach sind einige Millionenprojekte zur Schulerweiterung bereits im Haushalt respektive Investitionsprogramm abgebildet. Die Terminierung weiterer im Zukunftsinvestitionsprogramm enthaltener Erweiterungsmaßnahmen folgt dem Entwurf des noch nicht beschlossenen Schulstättenentwicklungskonzepts.

Tom Wedrins begrüßt es, dass die von ihm geleitete Geschwister-Scholl-Gesamtschule vorgezogen werden soll, und hofft auf einen Baustart in 2021. Noch in diesem Jahr soll eine Machbarkeitsstudie für die neuen Klassenräume erstellt werden, um einen groben Kostenrahmen zu ermitteln. Ebenfalls zeitnah stehen auf der Agenda eine Mensa und sechs Gruppenräume für die Nachmittagsbetreuung an der Lohbergschule, eine Mensa und 22 zusätz-

liche Klassenräume für das Otto-Hahn-Gymnasium, Klassenräume für die Förderschule am Tannenbergrain, Räume für die politisch noch zu beschließende Oberstufe an der neuen IGS sowie Außenstelle, Mensa und Gruppenräume für Hainberg-Gymnasium und Hermann-Noth-Schule.

Die Sanierung des Hainberg-Gymnasiums und weiterer Schulen sind noch in Bau- und Finanzausschuss zu beraten. Schuldirektor Siegfried Lieske warnte vor einem „unerfüllbaren Wunschzettel“ und gab auch die Verfügbarkeit und die steigenden Preise in der Baubranche zu bedenken. Karin Schultz (CDU) bedauerte, dass noch keine Priorisierung möglich scheint. Im Finanzausschuss will sie beantragen, Planungskosten für den Ausbau der Regenbogenschule in Elliehausen und die Grundschule Herberhausen einzustellen. Auch Ratsherr Harald Wiedemann

(Grüne) machte sich für die Regenbogenschule stark und wies auf die unbefriedigende Situation in Elliehausen nach Schließung der Gaststätte mit Saal hin: „Wir wollen den Bau eines Schulgebäudes in Kombination mit einem Mehrzweckgebäude.“ Rolf Ralle (Linke/ALG) sieht ebenfalls Priorität für die Grundschulen und monierte ausstehende Entscheidungen: „Wir drücken uns davor, Bauvorhaben zu schieben, und müssen uns auf Streichungen einigen.“

Leicht fiel den Ausschussmitgliedern die Einigung auf Ergänzungen der Leitsätze für den Schulbereich. Auf Anregung von Thorben Siepmann (FDP) wurde das Vorantreiben der Digitalisierung an allen Schulformen aufgenommen, auf Wunsch von Stobbe, die auch auf eine bessere Sekretariatsversorgung drängt, eine Planungsgruppe zur Erweiterung des Schulangebotes.

## Protest bei Infotag für Studenten

**Göttingen.** Gegen eine Veranstaltung der Seminare für Arabistik/Islamwissenschaft, Iranistik, Turkologie und des Ostasiatischen Seminars hat es Donnerstag Protest gegeben. Nach Angaben der Demonstranten haben etwa 40 Teilnehmer vor dem Verfügungsgebäude protestiert. Dort, so bestätigt die Universität, waren auch Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz als Referenten geladen. Anlass war ein Berufsinformationstag, zu dem auch Vertreter des Auswärtigen Amtes, der UNO, ein Übersetzer, ein Journalist und Berufstätige anderer Branchen kamen. Die Polizei schickte eine Streife, musste aber nicht tätig werden. Nach dem Abbruch der Veranstaltung hätten die Veranstalter die Demonstranten zum Thema „Persisch in der Grundschule“ ins Kulturwissenschaftliche Zentrum eingeladen. *bib*